

# Sicherheit durch Wandel

Die Sozialdemokratie als  
integraler Bestandteil wirtschaftlicher  
Transformation

Positionspapier der Vorsitzenden des  
Politischen Beirats des Wirtschaftsforums  
der SPD e.V.

# Sicherheit durch Wandel

## Die Sozialdemokratie als integraler Bestandteil wirtschaftlicher Transformation



**Bernd Westphal**  
Vorsitzender

Mitglied des  
Deutschen Bundestages



**Anke Rehlinger**  
Stellv. Vorsitzende

Ministerpräsidentin  
des Saarlandes

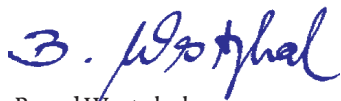
Wir stehen als Gesellschaft vor einer der größten Herausforderungen der Geschichte. Nach 250 Jahren wirtschaftlicher Entwicklung auf Basis fossiler Energieträger müssen wir innerhalb kürzester Zeit, bis 2050 in Europa, bis 2045 in Deutschland, bis 2035 in der Energieversorgung, Treibhausgasneutralität erreichen. Internationale Verträge und Zielsetzungen, wie beispielsweise das Pariser Abkommen und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, setzen globale Maßstäbe, an die sich die internationale Staatengemeinschaft halten muss. Vor allem aber lassen uns die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit keine andere Wahl. 50 Jahre nach der Veröffentlichung des Berichts des Club of Rome ächzt der Planet unter den Folgen des fossilen Zeitalters. Diese rechtliche und ökologische Notwendigkeit der wirtschaftlichen Transformation fällt in ein Umfeld rasanter Entwicklungen in der Digitalisierung und Automatisierung, die die Menschen verunsichert. Nie waren in der jüngeren Vergangenheit die Kräfte der »schöpferischen Zerstörung« deutlicher spürbar als heute – und das in einer geopolitisch fragilen Lage.

Die Herausforderungen sind enorm. Ihre Vielschichtigkeit und Komplexität verlangen zwangsläufig, dass Fortschritt in einem solchen Umfeld mehrere Dimensionen umfassen muss: technologisch, sozial und ökologisch. Klar ist deshalb, dass der Fortschritt der Zukunft anders aussehen wird und gestaltet werden muss als der Fortschritt der Vergangenheit. Eine sozialdemokratische Partei braucht in dem Zusammenhang einen ganzheitlichen wirtschaftspolitischen Ansatz, um die vielfältigen Herausforderungen zu analysieren, zu verstehen und zu bewältigen. Die sozialdemokratische Idee der »Sicherheit im Wandel« müssen wir als »Sicherheit durch Wandel« weiterentwickeln, denn nur so werden wir – in Deutschland und in Europa – soziale, wirtschaftliche und ökologische Stabilität garantieren können. Eine sozialdemokratische Politik guter Löhne, einer hohen Tarifbindung und öffentlicher Investitionen ist dabei für die wirtschaftliche Transformation unabdingbar.

Oft wird die Sozialdemokratie nur als eine Frage der Gerechtigkeit und Solidarität verstanden. Das ist falsch. Sozialdemokratische Politik ist ein wesentlicher Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung. Sie ist eine ökonomische Rationalität. Das zeigt ein Blick in die Vergangenheit sowie ein dynamisches Verständnis der Marktwirtschaft. Es ist eine Art der Wirtschaftskompetenz, die in unserer

sozialdemokratischen DNA verankert ist, derer sich weite Teile der Öffentlichkeit nicht oder nicht ausreichend bewusst sind, da eine einzelwirtschaftliche Sichtweise sowohl die mediale Berichterstattung als auch den ökonomischen Diskurs dominiert.

Berlin, Juli 2022



Bernd Westphal  
Vorsitzender



Anke Rehlinger  
Stellv. Vorsitzende

## Radikaler Wandel und Unsicherheit

Wir stehen am Beginn eines rasanten Wachstums digitaler Technologien. Mit jeder Welle in unserer industriellen Entwicklung, beginnend mit der Einführung der Dampfmaschine (18. Jhd.), Elektrizität (19. Jhd.), über die IT-Revolution (20. Jhd.) bis zur heutigen Epoche der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz gingen immense Produktivitätsfortschritte einher. Diese Produktivitätsfortschritte sind der Grund, weshalb wir in den Industrienationen heute weitgehend in Wohlstand leben können. Und die in den Technologien von morgen verankerten Produktivitätspotenziale wiederum sind der Hebel zur Wahrung unserer materiellen Lebensgrundlage und zur Bewältigung des demographischen Wandels im Rahmen eines intakten Planeten.

Wirtschaftliche Entwicklung ist und war immer ein Prozess der Erneuerung der Produktionsstrukturen, der die Produktivität insgesamt erhöht. Das ist der Kern der »schöpferischen Zerstörung«: Das Neue ersetzt das Alte, die Masse der Gesellschaft profitiert. Der Prozess findet jedoch nicht im Vakuum statt und muss wirtschaftspolitisch flankiert und angestoßen werden, sonst können sich Innovationen nicht durchsetzen und die wirtschaftli-

che Transformation verliert an sozialer Akzeptanz. So, wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Weber als Maschinenstürmer in Europa die Webstühle zerstörten, da sie ihre Existenz bedroht sahen, so sorgen sich auch heute Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes durch Automatisierung und Digitalisierung. Das ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Arbeit gibt neben dem Einkommen auch soziale Identität, Würde und eine Struktur im Alltag. Ein Abstieg in die Arbeitslosigkeit ist hingegen mit einem Gefühl der Isolation verbunden. Es ist somit verständlich, dass viele Menschen ökonomischer Transformation mit Unsicherheit begegnen, doch ein Ignorieren der wirtschaftlichen Transformation oder der Widerstand gegen diese Transformation ändert nichts an ihrem Fortgang. Eine sozialdemokratische Partei muss den heutigen Transformationsprozess mitgestalten und mitbegleiten, damit wir von den Potenzialen der industriellen Revolution 4.0 profitieren, diese Potenziale nutzen und gleichzeitig den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen.

## An der wirtschaftlichen Transformation führt kein Weg vorbei

An einem Jahrzehnt der Investitionen und eines höheren Produktivitätswachstums kommen wir nicht vorbei. Deutschland muss an die Spitze der neuen Technologien, die nun mal mit der höchsten Produktivität einhergehen, um die Transformation erfolgreich zu bewältigen und eine dynamische Wirtschaft zu entwickeln. Alternativen dazu gibt es keine, wenn wir zukünftigen Generationen nicht die Lebensgrundlage entziehen wollen.

Zunächst ist es für Deutschland allein aus demographischen Gründen unabdingbar, dass wir massiv in neue Technologien investieren, denn nur wenn die Produktivität steigt, können weniger junge Menschen im Arbeitsmarkt mehr alte Menschen in der Rente versorgen. Solange wir ein solides Produktivitätswachstum haben, ist eine Alterung der Gesellschaft kein Problem. Zweitens ist eine Spitzenposition in neuen Technologien und bei der Produktivität der einzige Hebel, um nachhaltig Wohlstand und Wachstum zu generieren. Wenn die Produktivität nicht steigt, dann bleibt das einzige Mittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eine Senkung der Löhne und damit des Lebensstandards. Dies kann und darf nicht die Lösung sein.

Ganz abgesehen davon hätte eine solche Strategie der Lohnsenkungen – drittens – den Nachteil, dass wir langfristig in Spitzentechnologien, die die Grundlage für die darauffolgende Welle an Innovationen sind, den Anschluss verlieren. Je weiter wir hier ins Hintertreffen geraten, desto größer werden die Abhängigkeiten von Schlüsseltechnologien aus dem Ausland und desto schwieriger und kostspieliger wird es, den Rückstand aufzuho-

len. Es gilt somit den Erhalt unserer industriellen Struktur durch einen Wandel zu gewährleisten und zukunftsfähig zu machen. Wir werden weiterhin Autos bauen können, allerdings werden es andere Autos sein als die, die bisher von den Bändern liefen. Auch die Energieversorgung und die Lieferketten hinter der Fertigung in Deutschland und Europa werden neu gedacht werden. Wir werden mehr auf Resilienz setzen müssen, denn ansonsten führen kleinste Störungen in den Wertschöpfungsketten zu massiven Produktions- und Wohlstandsverlusten. Und schließlich müssen wir uns von den Vorstellungen verabschieden, dass wir uns in der Produktion allein auf die Hardware beschränken können. Der Mehrwert der Produkte und Dienstleistungen der Zukunft wird vor allem in der Software, Konnektivität und Klimaneutralität liegen. Erzielen wir hier keine zügigen und signifikanten Fortschritte, verlieren wir wirtschaftliche Souveränität und Schlagfertigkeit.

Diese unter dem dritten Punkt subsumierten Aspekte weisen somit auf die Notwendigkeit hin, dass wir uns die Vorteile der Transformation durch eine kluge Wirtschafts- und Industriepolitik zu Eigen machen, denn egal wie man das Blatt dreht und wendet, wir kommen immer zum selben Ergebnis: der ökologische Umbau, die Wahrung unseres Wohlstands, der Erhalt guter Jobs in der Wirtschaft der Zukunft und die Festigung der politischen Stabilität durch inklusives Wachstum wird mit einer Politik des Stillstands nicht zu machen sein. Das ist der Kern der Idee »Sicherheit durch Wandel.«

## Dynamik in der Wirtschaft setzt Dynamik in der Politik voraus

Lange Zeit hielt sich der Glaube, dass »der Markt« von allein für Entwicklung sorgt. Allerdings ist dies zu kurz gedacht. Viele Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler haben in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, dass ein solcher Ansatz ahistorisch und apolitisch ist.

Der richtige, ganzheitliche, politökonomische Ansatz plädiert für eine Überwindung der veralteten Denkweise von »Staat versus Markt«. Die Rolle des Staates, seine sichtbare Hand, war in jeder industriellen Revolution entscheidend – und das ist dieses Mal nicht anders. Es gab in den Industrienationen keine Phase, in der die immense innovative Kraft des Privatsektors im Vakuum agiert hätte. Vielmehr ging es darum, durch eine kluge Industrie- und Wirtschaftspolitik die Transformation so zu managen, dass das innovative Potenzial voll ausgeschöpft werden konnte und die Gesellschaft als Ganzes vom technologischen Fortschritt profitierte. Oftmals war es sogar der Staat, der durch die Finanzierung der Grundlagenforschung Innovationen hervorbrachte, die der Privatsektor dann weiterentwickelte und nutzen konnte. Die Ökonomin Mariana Mazzucato lieferte dazu eine Reihe eindrucksvoller Beispiele, die zeigen, dass Staat und Markt nicht getrennt voneinander gedacht werden können, sondern sich gegenseitig bedingen. Auch der österreichische Entwicklungsökonom Joseph Schumpeter, auf den das Prinzip der wirtschaftlichen Entwicklung durch die »schöpferische Zerstörung« zurückgeht, stellt klar, dass die Erneuerung der Produktionsstrukturen eine Aufgabe ist, die ohne einen aktiven und strategisch agierenden Staat nicht bewältigt werden kann. Dies fängt bei der Schaffung eines Geld- und Finanzsystems an,

welches Innovationen ermöglicht, und streckt sich über die Lohnpolitik, die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, die Koordinierung wirtschaftlicher Aktivitäten, bis hin zur strategischen Richtungsvorgabe für den Privatsektor, für den eine solche Planungssicherheit eine Grundvoraussetzung für Investitionen bildet. Die Basis einer erfolgreichen wirtschaftlichen Transformation schafft somit einen Staat, der als »Manager der schöpferischen Zerstörung« agiert – ohne sich im bürokratischen Kleinklein zu verlieren.

Kluges Management zeichnet sich durch kluges Handeln aus. In der Industrie- und Wirtschaftspolitik bedeutet dies allerdings mehr als »nur« für die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs zu sorgen und sich anschließend rauszuhalten. Wenn Markt und Staat fundamental nicht voneinander getrennt werden können, dann führt das zur einzig logischen Schlussfolgerung, dass eine Marktwirtschaft ohne Staat überhaupt nicht existieren kann. Der Staat schafft und gestaltet den Markt und passt sich selbst wiederum an dynamische Entwicklungen an. Die Frage, die sich deshalb stellt, ist nicht »Staat oder Markt?«, sondern vielmehr: »Was für einen Markt wollen wir?«

Setzen wir dieses neue Verständnis von Markt und Staat voraus, so müssen wir ebenso in der Wirtschaftspolitik umdenken, die für Jahrzehnte von einem »Laissez-faire« Denken dominiert wurde. Es gilt somit auch für die Politik die Devise: »Sicherheit durch Wandel«, wenn das Projekt der sozial-ökologischen Marktwirtschaft nicht von vornherein scheitern soll.

## Sozialdemokratie als Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung

Wirtschaftliche Entwicklung wird durch Wirtschaftspolitik gestaltet. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene muss es bei der Transformation darum gehen, diesen Wandel erfolgreich zu managen, damit die Potenziale neuer Technologien allen zugutekommen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sich dabei nicht verstecken. Im Gegenteil. Sie müssen begreifen, dass der SPD naheliegende Themen wie eine solide Lohn- und Tarifpolitik eine zentrale Rolle in dem Transformationsprozess spielen – sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite.

Angebotsseitig müssen wir in Deutschland und in Europa einen Wettbewerb installieren, bei dem sich die innovativsten Firmen durchsetzen. In einem ökonomischen Wettbewerb haben Unternehmen zwei mögliche Wege zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Entweder sie senken bei einem gegebenen Niveau der Produktivität die Löhne oder sie steigern bei einem gegebenen Lohnniveau die Produktivität. Legen wir ein dynamisch-innovatives Wettbewerbsideal zugrunde – bei dem die wirtschaftliche Entwicklung als eine Erneuerung der Produktionsstrukturen verstanden wird, die mit einer höheren Produktivität einhergeht – so kann es nur eine Form des Wettbewerbs geben, die wir mit unserer Wirtschaftspolitik fördern wollen: Nur mit einem Wettbewerb, in dem die Firmen in neue Technologien investieren und auf diese Weise neue Produktivitätspotenziale erschließen, werden wir unseren Wohlstand in Zukunft halten können. Die wirtschaftliche Entwicklung setzt somit auch eine bestimmte Qualität des Wettbewerbs voraus, auf die es zu achten gilt.

Für einen innovativ-dynamischen Wettbewerb braucht es zu diesem Zweck gleiche Startbedingungen für alle Unternehmen. Wenn die Kapital- und Lohnkosten für alle Unternehmen gleich sind, werden nämlich die Unterschiede in der Produktivität über die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit entscheiden. Die Kapitalkosten werden von der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmt, die politisch unabhängig agiert und die Zinsen für den Euroraum setzt. Für gleiche Startbedingungen bei den Lohnkosten hingegen muss eine hohe Tarifbindung sorgen. Wir unterstützen in dieser Hinsicht den Vorstoß mehrerer europäischer Gewerkschaften für eine weitreichendere Lohnkoordination im Euroraum und müssen uns auch in Deutschland wieder an die Arbeit setzen, dass die Tarifbindung steigt. Derzeit ist nur rund die Hälfte aller Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen angestellt. Es gibt somit einen gewaltigen Spielraum dafür, dass Unternehmen durch nicht-tarifliche Löhne ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen oder erhalten, anstatt über höhere Produktivität wettbewerbsfähiger zu werden, beispielsweise durch Investitionen im Bereich der Digitalisierung.

Ein weiterer angebotspolitischer Hebel, um Investitionen in neue Technologien und eine höhere Produktivität zu steigern, ist eine vorausschauende Lohnpolitik. Soweit es uns die Tarifautonomie erlaubt, müssen wir gesamtwirtschaftlich dafür sorgen, dass die Löhne mit dem zu erwartenden Produktivitätswachstum und der Zielinflationsrate der Zentralbank steigen. Dies sichert zum einen die Preisstabilität, was die Planungssicherheit erhöht. Zum anderen haben die Unternehmen einen Anreiz zu investieren, denn wenn die privatwirtschaftlichen Entscheiderinnen und Entscheider



wissen, dass der Weg der Lohnsenkungen wegen der hohen Tarifbindung keine Option ist und ihre Lohnkosten in Zukunft steigen werden, dann bleibt die Erhöhung der eigenen Produktivität die einzige Alternative. Ähnlich wie ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis den Anreiz dazu bietet, die Produktion auf Treibhausgasneutralität umzustellen, so sorgen höhere Lohnkosten dafür, dass Unternehmen mehr und mehr in neue Technologien investieren, das heißt, langfristig kapitalintensiver produzieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Dies ist ein Prozess, der in der Vergangenheit auch immer wieder mit Reibungswiderständen einherging. Wir haben es eingangs am Beispiel der Weber bereits erwähnt. Doch im Prinzip ist diese Industrielle Revolution 4.0 nichts anderes als eine Fortsetzung der Revolutionen zuvor. Als die signifikanten Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft dafür sorgten, dass immer weniger Beschäftigte benötigt wurden, um das gesamte Land zu ernähren, fanden viele freigewordene Arbeitskräfte eine neue Stelle in der Industrie, die sich selbst wiederum rasant entwickelte. Die Erfahrungen machen uns deutlich, dass es nicht darum geht, dass Maschinen die menschliche Arbeit obsolet machen. Vielmehr ist es eine sich stetig erneuernde und symbiotische Neukombination aus Mensch und Technik, die die Gesamtproduktivität erhöht und die den Motor des Fortschritts bildet. Menschliche Arbeitskraft wird auf absehbare Zeit, wahrscheinlich sogar niemals vollends von Maschinen ersetzt werden können – und das gilt unabhängig von der Entwicklung künstlicher Intelligenz.

Die schöpferische Zerstörung brachte in der Vergangenheit immer wieder Neues hervor, das Produktivitätsniveau stieg, und so konnten wir uns einen in der Geschichte der Menschheit bisher nie dagewesenen Lebensstandard schaffen. Allerdings funktionierte dies nur, da im Laufe der Zeit zugleich die Masseneinkommen stiegen. Das war die entscheidende Voraussetzung, dass die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt stattfand. Produktivitätszuwächse ohne Lohnsteigerungen würden bedeuten, dass die zusätzlich produzierten Güter keine Abnehmer finden – und das wäre für die Unternehmen das Signal, ihre Kapazitäten abzubauen und Investitionen zurückzuschrauben. Es ist der direkte Weg in die Krise. Die goldene Regel der ökonomischen Entwicklung lautet deshalb: Die Menschen müssen immer über ein ausreichend hohes Einkommen verfügen, um die zusätzlichen und neuen Produkte, die sie selbst erschaffen, auch konsumieren zu können.

Die Steigerung der Masseneinkommen, ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Politik, ist somit die Grundfeste dafür, dass keine technologische Arbeitslosigkeit entsteht. Sie garantiert eine stabile Nachfrage, sodass potenziell freigewordene Arbeitskräfte in anderen Bereichen der Wirtschaft eine neue Anstellung finden. Wir stellen mit einer sozialdemokratischen Lohnpolitik, wie beispielsweise der Erhöhung des Mindestlohns, sicher, dass die Beschäftigten, die in der Vergangenheit nicht vom Fortschritt profitiert haben, stärker am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Wenngleich es in den unterschiedlichen wirtschaftlichen Sektoren unterschiedliche Produktivitätsniveaus gibt, so steht vor allem seit der Coronakrise außer Frage, dass Produktion ein kollektiver Prozess ist. Wir brauchen somit in der Lohnpolitik



einen gesamtwirtschaftlichen Ansatz. Wir sahen in den letzten beiden Jahren, dass es gerade ohne die oft in prekären und unterbezahlten Arbeitsverhältnissen tätigen Menschen unmöglich gewesen wäre, überhaupt etwas zu produzieren. Die Beschäftigten in der Pflege, im Einzelhandel, in der Pädagogik und in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen haben uns deshalb in erheblichem Maße durch diese Krise getragen – und wo die Lohnzuwächse ausblieben, da liegt es in der Verantwortung der Politik, an den gegebenen Stellen nachzubessern. Eine gesamtwirtschaftlich produktivitätsorientierte Lohnpolitik ist ein fundamentaler Bestandteil des Prinzips »Sicherheit durch Wandel« – denn so wenig wir uns dem technologischen Wandel entziehen können (und sollten), so wenig brauchen wir bei konsequenter sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik Wohlstandsverluste und Arbeitslosigkeit zu fürchten.

Selbstverständlich erfordert die Transformation weitere fiskal- und wirtschaftspolitische Eingriffe im Bereich der Energiepolitik, Infrastruktur, Bildung und Grundlagenforschung, um die sozial-ökologische Marktwirtschaft auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen. Dieses Fundament würde in der Folge auch private Investitionen hebeln, denn die Unternehmen hätten neben dem wettbewerbsspolitischen Anreiz und der dynamischen Nachfrage ein robustes Ökosystem für Innovationen der Spitzenklasse. Dass unsere Wirtschaft und Industrie dazu das Potenzial haben, haben sie in der Nachkriegsgeschichte zur Genüge unter Beweis gestellt.

## Europa

Zuletzt sei noch mit nicht geringerer Dringlichkeit darauf verwiesen, dass wir die Transformation hin zu einem prosperierenden Deutschland nicht ohne unsere europäischen Partnerländer bewältigen können. Es gilt, dieselbe Logik des Wettbewerbs der Innovationen zu fördern, nicht den Wettbewerb der Lohnsenkungen und Optimierung. Dazu bedarf es einer weitreichenderen Lohnkoordination, wie sie von einigen europäischen Gewerkschaften vorgeschlagen wurde. Zudem braucht es eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der den Mitgliedstaaten die notwendige Luft zum Atmen gibt, um für Vollbeschäftigung zu sorgen, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen und selbst die nötigen Investitionen auf dem Weg in die Treibhausgasneutralität tätigen zu können. Gemessen am Bedarf der öffentlichen Investitionen lässt sich die Argumentationslogik des letzten Jahrhunderts nicht aufrechterhalten, die als Grundlage für die Einführung der Schulden- und Defizitkriterien fungierte. Die Welt hat sich fundamental geändert.

In einer der dunkelsten Stunden der jüngeren europäischen Geschichte, nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, sprach Bundeskanzler Olaf Scholz von einer Zeitenwende. Zweifellos muss das auch für die europäische Wirtschaftspolitik gelten, die sich, nach mehr als 15 Jahren Dauerkrise, neu aufstellen und orientieren muss. Der Bundeskanzler betonte, dass Deutschland und die Mitgliedstaaten sich nicht bloß fragen dürfen »was man für das eigene Land in Brüssel herausholen kann«, sondern, was »die beste Entscheidung für die Union« sei. Er fügte hinzu, dass Europa »unser Handlungsrahmen« ist und »nur wenn wir das begreifen, werden wir vor den Herausforderungen unserer Zeit bestehen.«

Für eine Zukunft in Stabilität, Frieden und Prosperität müssen wir diese Leitprinzipien als einen integralen Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik aufgreifen und Fehler der Vergangenheit korrigieren, die in weiten Teilen der Union zu hoher Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Stagnation und zu politischem Unmut führten. Die deutsche Sozialdemokratie muss sich mit aller Macht und all ihrer wirtschaftlichen Kompetenz für ein florierendes Europa einsetzen. Nur so wird sich die ökonomische Transformation zum Wohle aller gestalten lassen und damit politisch tragbar sein. Nur durch Wandel werden wir den Menschen Sicherheit und Wohlstand bieten können.

## Der Wunsch des Politischen Beirats an die Unternehmen

Während wir in der Politik alles daran setzen, dass die Transformation zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft gelingt, so äußern wir als Politischer Beirat des SPD-Wirtschaftsforums auch drei Wünsche an die Wirtschaft, um an diesem Jahrtausendprojekt mit anzupacken:

### 1. Nehmen Sie die Sozialpartnerschaft ernst!

In Zeiten des Wandels muss man zusammenhalten. Das gilt auch für alle Personen in einem Unternehmen. Mit guten Löhnen, Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe, guten Arbeitsbedingungen und einer guten betrieblichen Ausbildung sichern Sie als Unternehmerinnen und Unternehmer die Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit Ihrer Unternehmen. Wir sorgen für die Stabilität der äußeren Bedingungen und Sozialsysteme. Damit schaffen wir gemeinsam ein innovationsfreundliches Umfeld in den Unternehmen.

### 2. Seien Sie mutig!

In Zeiten von Wandel und Krisen gibt es gute Gründe, Entscheidungen sorgfältig abzuwägen. Es gibt aber auch gute Gründe, neue Ideen mit unternehmerischer Entscheidungsfreude anzugehen – vielleicht sogar mit einem Schuss Wagemut. Mit unserer Lohn- und Sozialpolitik sorgen wir dafür, dass Sie ein wirtschaftspolitisches und soziales Umfeld vorfinden, in dem Sie über Investitionen in eine höhere Produktivität ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und somit die schöpferische Zerstörung mitgestalten. Wir finanzieren Grundlagenforschung auf Weltklasse-Niveau, wir haben Forschungsförderprogramme, Reallabore und un-

terstützen Sie mit Innovationsprogrammen. Wir setzen alles daran, die Genehmigungsprozesse zu vereinfachen, damit Sie sich auf das Wesentliche konzentrieren können. Wenn Sie scheitern, sorgen wir dafür, dass Sie gute Bedingungen vorfinden, um die nächste Idee in die Tat umzusetzen und damit erfolgreich sein zu können.

### 3. Seien Sie vorausschauend!

Jetzt gerade sind sowohl politisch als auch unternehmerisch viele Entscheidungen zu treffen, deren Implikationen weit über die aktuelle Legislaturperiode oder den Investitionszyklus hinausreichen. Gehen Sie Ihren Wandel zu Nachhaltigkeit jetzt an und lassen Sie die nachfolgenden Generationen davon profitieren. Werden Sie resilienter, diversifizieren Ihre Lieferketten – und schauen Sie auch auf die Umstände Ihrer Partner. Denn die Coronapandemie und der Ukrainekrieg haben uns gelehrt, wie verbunden unsere Welt ist (und wie verwundbar uns das auch macht). Wir sorgen dafür, dass Sie die Transformation bei uns bewältigen können und nicht in ein Land mit weniger Standards und Regeln fliehen müssen. Wir schaffen langfristige Leitlinien für die Klimawende und sorgen damit für Investitionssicherheit. Und wir stellen Transformationshilfen zur Verfügung, um klimaneutrale Produktionsweisen ebenso wie die Digitalisierung von Verwaltung und vieles mehr zu unterstützen. Sowohl in Deutschland als auch in Europa werden wir uns dafür einsetzen, dass uns das gelingt!

## Impressum

**Herausgeber** **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**  
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium  
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)  
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)  
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)  
Matthias Machnig (Vizepräsident)  
Philipp Schlüter (Vizepräsident)  
Michael Wiener (Vizepräsident)

**V.i.S.d.P.** Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

**Anschrift** Dorotheenstraße 35  
10117 Berlin

**Telefon** +49 (0)30 400 40 660  
**Fax** +49 (0)30 400 40 666  
**E-Mail** mail@spd-wirtschaftsforum.de  
**Internet** spd-wirtschaftsforum.de

**Gestaltung und Satz** Anette Gilke, Hannover

**Fotos** SPD-Parteivorstand / Benno Kraehan: Seite 8  
Wirtschaftsforum der SPD e.V. / Marco Urban

Juli 2022

[www.spd-wirtschaftsforum.de](http://www.spd-wirtschaftsforum.de)